



An  
den Vorsitzenden des Hauptausschusses  
über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von  
Berlin  
über  
Senatskanzlei - G Sen -

## Nachmeldung einer Hauptausschussvorlage für die Sitzung am 24.06.2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich bitte Sie darum, folgende Hauptausschussvorlage nachträglich auf die Tagesordnung der Hauptausschusssitzung am 24.06.2026 zu nehmen:

### **Bitte um Zustimmung des Hauptausschusses zur Verausgabung von Mehrmitteln gemäß Beschluss zum Haushaltsgesetz 2026/2027 vom 18.12.2025**

hier: Umsetzung von Maßnahmen im Kontext „Berliner Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“

Das Abgeordnetenhaus hat mit Verabschiedung des Haushaltsgesetzes seinen Willen zum Ausdruck gebracht, für die Umsetzung der Berliner Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit Mehrmittel in Höhe von 100.000 € p. a. bereitzustellen. Eine frühzeitige Umsetzung entsprechender Maßnahmen insbesondere zur Bekämpfung queerfeindlicher Gewalt in bezirklichen Randlagen ist im Interesse des Landes Berlin und

Dienstgebäude: Oranienstraße 106, 10969 Berlin; ♿ barrierefreier Zugang der Kategorie D

E-Mail: Fehler! Keine Dokumentvariable verfügbar. (elektronische Zugangsöffnung gemäß § 3a Absatz 1 VwVfG)

Dokumente mit qualifizierter elektronischer Signatur bitte ausschließlich an: [post@senias.berlin.de](mailto:post@senias.berlin.de)

Internet: [www.berlin.de/sen/asgiva](http://www.berlin.de/sen/asgiva)

Verkehrsanbindung: U8 Moritzplatz und Bus M29; U2 Spittelmarkt (ca. 10 Min. Fußweg);

U6 Kochstr.; Bus M29, 248; S1/S2/S25 Anhalter Bahnhof, Bus M29;

Postbank Berlin: DE 47 100 100 100 000 058 100

Berliner Sparkasse: DE 25 100 500 000 990 007 600

Deutsche Bundesbank: DE 53 100 000 000 010 001 520

kann angesichts der notwendigen Vorbereitungszeit auf Seiten der dafür vorgesehenen Träger nur gewährleistet werden, wenn eine Befassung des Hauptausschusses noch vor der Sommerpause erfolgt.

Ich bitte daher um dringliche Befassung der o. g. Vorlage im Hauptausschuss am 24.06.2026.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Ransel Kiziltepe". The signature is written in a cursive, flowing style.

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales,  
Gleichstellung, Integration,  
Vielfalt und Antidiskriminierung

Berlin, den 19.06.2026  
(9013) - 3446

IV B  
VI B 1

E-Mail: Florencio.Chicote@senasgiva.berlin.de  
E-Mail: Cosmo.Dittmar-Dahnke@senasgiva.berlin.de

An den  
Vorsitzenden des Hauptausschusses  
über  
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

**Bitte um Zustimmung des Hauptausschusses zur Verausgabung von Mehrmitteln gemäß  
Beschluss zum Haushaltsgesetz 2026/2027 vom 18.12.2025**

hier: Umsetzung von Maßnahmen im Kontext „Berliner Landesstrategie für queere  
Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“

**Vorgang:** 77. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18.12.2025

**Ansätze zu 1130 / 68406**

abgelaufenes Haushaltsjahr:	29.889.000,00 €
laufendes Haushaltsjahr:	28.164.000,00 €
kommendes Haushaltsjahr:	28.833.000,00 €
Ist des abgelaufenen Haushaltsjahres:	26.722.227,02 €
Verfügungsbeschränkungen:	2.161.000,00 €
aktuelles Ist [11.06.2026]:	13.231.721,99 €

<b><u>Gesamtkosten:</u></b>	laufendes Haushaltsjahr:	100.000,00 €
	kommendes Haushaltsjahr:	100.000,00 €
	Summe:	<b>200.000,00 €</b>

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner o.g. Sitzung Folgendes beschlossen:

EPL 11, Kapitel 1130, Titel 68406 - Teilansatz 1:

„100.000 € p.a. Mehrbedarf für die Umsetzung der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit. Die Verausgabung der Mehrmittel erfolgt nach Vorlage der geplanten Maßnahmen im Hauptausschuss mit dessen Zustimmung (verbindliche Erläuterung).“

Der Hauptausschuss wird gebeten, gemäß der Erläuterung zum oben erwähnten Titel 68406 - Teilansatz 1, der beabsichtigten Mittelverwendung für die folgende Maßnahme der „Berliner Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“:

**Kernbereich 2 „Queere Sicherheit in öffentlichen Räumen“**

**Maßnahme Nr. 5: „Der Senat wirkt darauf hin, die Angebote des Gewaltschutzes, der Prävention von Hasskriminalität und der psychosozialen Beratung von Betroffenen auch in den Außenbezirken weiter auszubauen und sichtbarer zu machen.“**

zuzustimmen.

In den **Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026** hat sich der Senat vorgenommen, „zusammen mit den queeren Communitys eine „Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“ zu entwickeln und einen Runden Tisch „Schutz vor queerfeindlicher Hasskriminalität“ einzurichten. Am **24.03.2026** hat der Senat die „Berliner Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“ (LS QF) beschlossen.

Die Erarbeitung der LS QF erfolgte unter der Federführung der Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) in der SenASGIVA im Rahmen der Zuwendungsförderung eines bei der Camino gGmbH angesiedelten Projekts. Das Vorhaben wurde als Maßnahme Nr. 2 und 3 im Handlungsfeld „Gewalt und vorurteilsmotivierter Kriminalität“ in den Berliner LSBTIQ+ Aktionsplan 2023 zur Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) aufgenommen und in diesem Rahmen finanziert und umgesetzt.

Die Zielstellung der Landesstrategie ist es, die kritische Auseinandersetzung mit Queerfeindlichkeit in Berlin fortzusetzen und zu vertiefen sowie die Sicherheit von LSBTIQ+ Personen und queeren Communitys vor Hasskriminalität, vorurteilsmotivierter Gewalt und Diskriminierung in Berlin im Rahmen einer strategischen Planung und Umsetzung zu stärken und zu verbessern.

**Aufbau der Landesstrategie:**

Die Berliner Landesstrategie ist in sieben Zielstellungen sowie vier Kernbereiche unterteilt. Insgesamt wurden je Kernbereich drei Kernmaßnahmen sowie in der Regel sieben weitere Maßnahmen zur Zielerreichung formuliert. **Insgesamt verfügt die LS QF über 39 Maßnahmen, sieben davon mit einem konkreten Bezug zur Bezirksebene.**

### **Zielstellungen**

1. Queere Personen und Einrichtungen der queeren Communitys erfahren Solidarität und Schutz angesichts queerfeindlicher Bedrohungen.
2. LSBTIQ+ Einrichtungen und Strafverfolgungsbehörden arbeiten kooperativ und vertrauensvoll zusammen, um Queerfeindlichkeit entgegenzutreten.
3. Wissen zu und Aufmerksamkeit für Queerfeindlichkeit prägen Alltag und Miteinander in der Stadtgesellschaft.
4. Mehrfachzugehörigkeiten und Intersektionalität sind Kerngedanken und -merkmale queerer Sicherheit.
5. Die Bekämpfung von Queerfeindlichkeit ist eine gesamtstädtische Aufgabe.
6. Betroffenenperspektive und Community-Empowerment sind zentrale Säulen queerer Sicherheit.
7. Prävention als strategische Priorität und kooperative Orientierung der Arbeit gegen Queerfeindlichkeit.

### **Kernbereiche**

1. Sicherheit für die queeren Communitys
2. Queere Sicherheit in öffentlichen Räumen
3. Schutz vor Queerfeindlichkeit in allen Lebensphasen
4. Sicheres Zusammenleben in vielfältigen Gemeinschaften

### **Fachliche Begründung für die Verwendung der Mittel zur Umsetzung der Maßnahme Nr. 5 des Kernbereichs 2:**

In den innerstädtischen Bezirken mit hoher Nutzungsdichte (Mitte, Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg sowie Charlottenburg-Wilmersdorf) werden durch die Polizei konstant die meisten queerfeindlichen Straftaten registriert. Anhaltend sind der öffentliche Raum (44,6 %) sowie der öffentliche Nahverkehr (11,2 %) häufige Tatorte. Ungefähr ein Fünftel der Fälle steht mit dem digitalen Raum in Verbindung. Stärker geschlossene Örtlichkeiten wie Wohngebäude (20,7 %), Freizeiteinrichtungen/Geschäfte/Gastronomie (9,9 %) oder Bildungseinrichtungen (3,9 %) sind ebenso Tatorte. Das „Berliner Monitoring queerfeindliche Gewalt“ hat gezeigt, dass Queerfeindlichkeit vermehrt in Stadtteilen auftritt, in denen queeres Leben stärker sichtbar wird (Lüter et al. 2022; Lüter et al. 2020). Dies betrifft insbesondere die Bezirke bzw. Ortsteile Mitte, Schöneberg und Neukölln. **Doch auch in bezirklichen Randlagen kommt es zu queerfeindlicher Gewalt.**

Unterstützungsstrukturen für Betroffene von queerfeindlicher Gewalt wie die von der SenASGIVA über Zuwendungen finanzierten Antigewaltprojekte, sind in innerstädtischen Gebieten im Vergleich zu den Bezirken außerhalb des S-Bahnringes ausgeprägter. Präventions- und Unterstützungsangebote für Betroffene sind zuletzt jedoch auch in einigen Außenbezirken und unterrepräsentierten Stadtteilen entstanden, queere Netzwerke sind in der Innenstadt jedoch weiterhin deutlich stärker vertreten.

Um die queere Sicherheit in Berlin zu verbessern, ist es zentral, die Stadt als Ganze in den Blick zu nehmen und die Angebotslandschaft insbesondere dort auszubauen, wo die Strukturen bisher schwächer ausgebildet sind. Die Vielfalt der Bezirke, Regionen und Kieze wurde daher bei der Entwicklung der Landesstrategie gegen Queerfeindlichkeit mitgedacht (Vgl. IGSV Maßnahmen Nr. 25).

In der konkreten Umsetzung könnten die aktuellen Zuwendungen der Antigewaltprojekte für die Ausweitung der Angebote und insbesondere die Antigewaltberatung in den Außenbezirken jeweils um einen Betrag von 30.000 € für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 verstärkt werden:

- Projekt Antigewaltberatung der Lesbenberatung Berlin e.V./ LesMigras
- Projekt Antigewaltberatung bei L-Support e.V.
- Projekt Antigewaltberatung MANEO bei Mann-O-Meter e.V.
- Projekt Antigewaltberatung für Trans\*, Inter\* und nicht-binäre Menschen bei der Schwulenberatung Berlin gGmbH

Die Verstärkung sollte in Stellenanteile und ggf. Raumanmietung und Sachkosten fließen, um in den Außenbezirken – idealerweise in Kooperation mit bereits vorhandenen Strukturen und Angeboten – geeignete Formate der Antigewaltberatung zu entwickeln und weiter zu etablieren.

Daraus ergibt sich zwar ein Gesamtbetrag von 120.000 € p.a., die fehlenden 20.000 € könnten jedoch aus dem Kapitel 1130, Zuwendungstitel 68406 – Teilansatz 1 und den dort bereits vorgesehenen Mitteln zur Umsetzung von Maßnahmen aus der Landesstrategie übernommen werden.

Cansel Kiziltepe  
Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,  
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung